

# BERICHT DER BUNDESREGIERUNG ZUM G8 - GIPFEL DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS VOM 8. - 10. JULI 2009 IN L'AQUILA/ITALIEN

## I. Zusammenfassung

Der G8-Gipfel 2009 beschäftigte sich in Anknüpfung an die vorjährigen Gipfel in Heiligendamm (2007) und Toyako (2008) mit den Schwerpunkten Weltwirtschaft, Umwelt und Klimawandel, Entwicklung und Afrika sowie mit außenpolitischen Themen. Im Bereich der Entwicklungspolitik kam dabei wie bereits unter japanischer G8-Präsidentschaft dem Thema Ernährungssicherheit hervorgehobene Bedeutung zu.

Angesichts der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise standen im weltwirtschaftlichen Teil des Gipfels der Austausch über die Auswirkungen der Krise und mögliche Wege zu einem nachhaltigen Wachstumspfad im Fokus der Diskussion. Dabei konnten die G8 – gemeinsam mit Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika (G5) und vier weiteren Ländern – einen klaren Impuls zu einem baldigen Abschluss der Doha-Welthandelsrunde geben. Sie sprachen sich für offene Märkte und gegen jede Form des Protektionismus aus und betonten die soziale Gestaltung der Globalisierung. Zudem wurde mit Blick auf steigende Haushaltsdefizite die Notwendigkeit betont, Exit-Strategien zu entwickeln.

Vor dem Hintergrund der anstehenden VN-Verhandlungen für ein Post-2012-Abkommen in Kopenhagen bildete die Klimapolitik ein zentrales Thema der diesjährigen Gipfelagenda. Erstmals bekannten sich die G8 gemeinsam mit den wichtigen Schwellenländern zu dem Ziel, die globale Temperaturerhöhung auf höchstens 2°C gegenüber vorindustriellem Niveau zu beschränken. Die G8 bestätigten das Ziel einer Reduktion der globalen Treibhausgasemissionen von mindestens 50% bis 2050 und verständigten sich darüber hinaus darauf, dass die Treibhausgasemissionen der Industrieländer bis 2050 um 80% oder mehr reduziert werden sollen. Im „Major Economies' Forum“ wurde mit den wichtigen Schwellenländer vereinbart, gemeinsam bis Kopenhagen an der Identifizierung eines globalen Langfristzieles bis 2050 zu arbeiten. Die Schwellenländer bekannten sich erstmals zu dem Ziel einer bedeutenden Abweichung vom „Business-as-usual“-Emissionspfad.

Im Entwicklungsteil brachte die italienische G8-Präsidentschaft insbesondere folgende Neuerungen ein: Zukünftig soll es fundierte Rechenschaftsberichte zur Umsetzung der G8-Verpflichtungen geben. Zudem soll ein so genannter „Whole of Country“-Ansatz Politikkohärenz verbessern. Wichtigstes Thema war der Umgang mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Entwicklungsländer. Die diesbezüglichen G20-Beschlüsse sollen beschleunigt umgesetzt werden, ergänzt durch verbesserte Umschuldungsverfahren. Als Sektorinitiativen sind die Ernährungssicherung sowie eine intensiviertere Partnerschaft mit Afrika im Wassersektor hervorzuheben.

Im außen- und sicherheitspolitischen Teil war Iran das wichtigste Thema. Die G8, ausdrücklich auch Russland, kritisierten die Gewalt gegen friedliche Proteste und forderten Iran auf, das Verhandlungsangebot zur Beilegung des Konfliktes um sein Atomprogramm anzunehmen. Außerdem bekannten sich die G8 zu dem Ziel einer Welt ohne Atomwaffen.

## **II. Gipfelablauf**

Der erste Gipfeltag diente dem Austausch der G8-Staats- und Regierungschefs zu den Themen Weltwirtschaft und Finanzkrise, Umwelt und Klimawandel, Entwicklungspolitik und Afrika sowie Außen- und Sicherheitspolitik. Der zweite Gipfeltag stand dann im Zeichen des Austausches mit den führenden Schwellenländern.

Am Morgen des 9. Juli 2009 fand zunächst eine Sitzung im Format der G8 mit Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika statt, die sich mittlerweile als G5 etabliert haben. Diese Sitzung bildete den Abschluss des sog. Heiligendamm-Prozesses, den die Bundeskanzlerin beim G8-Gipfel 2007 in Deutschland initiiert hatte. Als zusätzlichen Gast hatte die italienische G8-Präsidentschaft den ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak zu der Sitzung geladen. In demselben Format fand beim Mittagessen desselben Tages dann ein Austausch mit den Chefs von sechs führenden internationalen Organisationen (Vereinte Nationen/VN, Internationale Arbeitsorganisation/ILO, Internationale Energieagentur/IEA, Internationaler Währungsfonds/IWF, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/OECD, Weltbank, Welthandelsorganisation/WTO) statt.

Am Nachmittag des 9. Juli 2009 kam es zum Treffen des „Major Economies Forum“ (MEF). Daran sind die Chefs der G8, der G5 sowie Australien, Indonesien und Südkorea beteiligt. Bei diesen Staaten handelt es sich um die 16 größten Emittenten von Kohlendioxid. Auf Initiative der US-

Administration unter Präsident Obama geht es im Rahmen dieses Forums um die Vorbereitung der Konferenz der Vereinten Nationen zum Klimawandel (UNFCCC), die im Dezember 2009 in Kopenhagen stattfinden wird. Zusätzlich wurde das Format auch zu einem einstündigen Austausch über den Stand der Welthandelsrunde genutzt, an dem auch der Generaldirektor der Welthandelsorganisation, Pascal Lamy, teilnahm. Der Abend des 9. Juli 2009 wurde schließlich mit einem Essen aller Gipfelteilnehmer einschließlich der internationalen Organisationen auf Einladung des italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano beschlossen.

Am 10. Juli 2009 fand zunächst das Treffen der G8-Staats- und Regierungschefs mit den afrikanischen Outreach-Partnern in Anwesenheit von VN, ILO, IEA, OECD, Weltbank und WTO statt. Dies waren Ägypten, Algerien, Angola, Äthiopien, Nigeria, Senegal, Südafrika sowie die Afrikanische Union, die durch Libyen (AU-Präsidentschaft) und Jean Ping (AU-Kommission) vertreten war. Zum Abschluss gab es eine Sitzung zum Thema Ernährungssicherheit, an der neben den G8 die G5 und Australien, Indonesien und Südkorea, Dänemark, Niederlande, Spanien, Türkei sowie die afrikanischen Outreach-Partner und die internationalen Organisationen teilnahmen, insbesondere auch die FAO (Food and Agriculture Organization), der IFAD (International Fund for Agricultural Development) und das WFP (World Food Programme).

### **III. Weltwirtschaft**

Der Austausch der Staats- und Regierungschefs zu den weltwirtschaftlichen Themen konzentrierte sich auf die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Realwirtschaft sowie auf Maßnahmen, die Weltwirtschaft auf einen neuen, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstumspfad zu führen.

Die G8 konstatierten, dass es bereits Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung gibt, die konjunkturelle Entwicklung jedoch weiterhin von großer Unsicherheit geprägt ist. Vor diesem Hintergrund wurden die Beschlüsse der Weltfinanzgipfel von Washington und London zur Neuordnung der Finanzmarktarchitektur bestätigt und betont, dass ein stabiles Finanzsystem eine Grundvoraussetzung für die Wiederbelebung der Weltwirtschaft ist. Auch werden Sozial- und Beschäftigungspolitik als wichtige Säule im Kontext eines neuen globalen Rahmens gesehen. Zudem bietet die Krise eine Chance, die Weltwirtschaft stärker auf einen nachhaltigen und belast-

baren Wachstumspfad zu führen („green growth“), wie es in der Erklärung heißt.

Die Diskussion über die weltwirtschaftliche Agenda fand sowohl im G8-Kreis als auch gemeinsam mit den großen Schwellenländern – China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika (G5) – statt. Diese 2007 unter deutscher Präsidentschaft etablierte Partnerschaft, der Heiligendamm-Prozess, fand anlässlich des Gipfels in L’Aquila u.a. konkreten Ausdruck in der Neubelebung der Doha-Welthandelsrunde: Getragen von der Erkenntnis, dass ein starker internationaler Handel und ein weiterer Abbau von Handelshemmnissen ein wesentlicher Pfeiler für die Erholung der Weltwirtschaft sein wird, verabredeten die Staats- und Regierungschefs der G8 gemeinsam mit den G5, ihre Märkte offen zu halten, jeglichen Protektionismus abzulehnen und sich gemeinsam für einen zügigen Abschluss der Doha-Runde einzusetzen. Dabei gelang es auch aufgrund des deutschen Einsatzes, sich auf das Jahr 2010 für den Abschluss der Runde zu verständigen und dafür auf dem erreichten Verhandlungsstand einschließlich der Modalitätenpapiere zu Agrar- und Industriezöllen aus dem Jahr 2008 aufzubauen. Noch vor dem G20-Gipfel in Pittsburgh am 24./25. September 2009 soll ein Treffen der Handelsminister Anfang September einberufen werden (für die EU nimmt dabei die EU-Kommission teil). Australien, Kanada und Südkorea sowie Ägypten schlossen sich dieser Zielsetzung im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung der G8 mit den G5 an.

Die G8-Partner erkannten in ihrer Erklärung zudem die Notwendigkeit an, angemessene Strategien zu entwickeln, um die außergewöhnliche Staatsverschuldung wieder einzudämmen. Die Strategien sollen dann greifen, wenn die wirtschaftliche Erholung erfolgt ist. In diesem Kontext wurde der IWF aufgefordert, analytische Hilfestellung zu leisten. Darüber hinaus wurde die weiterhin dringliche Aufgabe beschrieben, durch angemessene makroökonomische Politik den globalen Ungleichgewichten zu begegnen.

Der Aufruf an die weltwirtschaftlichen internationalen Organisationen Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF), Welthandelsorganisation (WTO), Internationale Arbeitsorganisation (ILO), Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und Financial Action Task Force (FATF) zu verstärkter Kooperation und Kohärenz wurde erneuert.

Zudem weist die G8-Erklärung auf die wichtige Rolle von Investitionen, Innovationen und den Schutz geistigen Eigentums hin. Eine verstärkte Ko-

operation mit den zentralen Partnern im Bereich internationaler Investitionen könnte sich langfristig zu einem Baustein für einen gemeinsamen multilateralen Rahmen entwickeln. Die Partner im Heiligendamm/L'Aquila Prozess sind aufgefordert, dazu innerhalb eines Jahres einen einschätzenden Bericht zu entwerfen.

Weitere Abschnitte des weltwirtschaftlichen Teils der G8-Erklärung beschäftigen sich mit den Anstrengungen einer verstärkten Kooperation in Steuerangelegenheiten, mit der Bekämpfung der Korruption und mit der Betonung der sozialen Gestaltung der Globalisierung. In diesem Kontext wird die Sicherung der sozialen Stabilität durch die Verknüpfung von guten makroökonomischen Politiken mit Beschäftigungs- und Sozialpolitik gefordert. Aktive Arbeitsmarktpolitiken, nachhaltige Sozialschutz-Systeme sowie die kohärente Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Internationalen Organisationen (ILO, OECD und IWF) stehen hierbei im Vordergrund. Schließlich enthält die weltwirtschaftliche Erklärung auch Aussagen zur Stärkung der Energiesicherheit und betont die wichtige Rolle transparenter Daten im Energiesektor. Wie bereits beim G8-Gipfel in Toyako/Japan 2008 wurde zudem die Frage der Ölpreisvolatilität aufgegriffen. In diesem Kontext wurden Aufträge zur Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Ölpreis und Spekulation vergeben.

#### **IV. Heiligendamm-Prozess**

Die G8 bekräftigten ihr Bekenntnis zum Heiligendamm-Prozess als einem Dialog auf Augenhöhe mit den großen Schwellenländern Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika. Erstmals verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der G8 und der G5 eine gemeinsame Erklärung. Zentraler Inhalt der gemeinsamen Erklärung war die Aussage, gemeinsam für ein nachhaltiges, ausgewogenes und innovatives Wachstum einzutreten. Dazu wurden entsprechende Maßnahmen genannt wie angemessene makroökonomische Rahmensetzung, Bewältigung der sozialen Kosten der Krise durch Beschäftigungsförderung und effizienzverstärkten Sozialen Schutz, Anpassung der globalen Ungleichgewichte, Reform des Finanzsystems, gemeinsame Anstrengungen mit Blick auf den Klimawandel und das Post-2012-Abkommen in Kopenhagen.

Darüber hinaus setzten sich die G8 und G5 gemeinsam für einen zügigen Abschluss der Doha-Welthandelsrunde ein und bekräftigen die wichtige Rolle internationaler Investitionen einschließlich Corporate Social Responsibility/CSR als ein Motor des Wachstums. Zudem bekannten sich die

Partner zu wichtigen entwicklungspolitischen Prinzipien und zur Umsetzung der Accra Agenda for Action. Das Mandat der Gruppe, zunächst angelegt auf zwei Jahre, wurde beim Gipfel in L'Aquila um zwei weitere Jahre verlängert.

## **V. Umwelt und Klimawandel**

Das Thema Klimawandel wurde im G8-Format und beim Treffen des Major Economies Forum (MEF, d.h. G8 + G5 + Australien, Indonesien und Südkorea) beraten. Der Fokus lag hierbei auf den anstehenden VN-Verhandlungen für ein Post-2012-Abkommen in Kopenhagen im Dezember dieses Jahres.

Die G8-Partner einigten sich erstmals auf das Ziel, die globale Temperaturerhöhung auf höchstens 2°C gegenüber vorindustriellem Niveau zu beschränken. Als besonderer Erfolg ist zu werten, dass auch die wichtigen Schwellenländer im Rahmen des Major Economies Forums zum ersten Mal das 2°C-Ziel anerkannten. Die G8-Partner bekannten sich zu ihrer Vorreiterrolle beim Klimaschutz und verständigten sich darauf, die Treibhausgasemissionen in den Industrieländern bis 2050 um 80% oder mehr zu reduzieren. Hinsichtlich dieses Langfristziels der Industrieländer nennt die G8-Erklärung als Basisjahr 1990 oder ein späteres Jahr, wobei allerdings die Vergleichbarkeit der Anstrengungen gegeben sein muss.

Das globale Langfristziel einer Treibhausgas-Reduktion von mindestens 50% bis 2050 wurde von den G8 bestätigt und gestärkt, jedoch noch kein Basisjahr benannt. Im Major Economies Forum wurde mit den wichtigen Schwellenländern vereinbart, gemeinsam bis Kopenhagen an der Identifizierung eines globalen Langfristzieles bis 2050 zu arbeiten. Bei den Mittelfristzielen bekannten sich die G8-Staaten zu ihrer Vorreiterrolle. Im Rahmen des Major Economies Forum erklärten sich auch die Schwellenländer bereit, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um eine bedeutende („meaningful“) Abweichung vom „Business-as-usual“-Emissionspfad zu erreichen. Dabei sollen sie in finanzieller und technologischer Hinsicht unterstützt werden.

Das Konzept des sog. Peaking (Scheitelpunkt der globalen Treibhausgasemissionen) wurde in der G8- und in der MEF-Erklärung festgeschrieben. Ein konkretes Peak-Jahr wurde noch nicht vereinbart, jedoch bestand Einigkeit, dass der Peak so früh wie möglich erfolgen müsse.

Die G8 erklärten ihre Bereitschaft, zur Finanzierung des weltweiten Klimaschutzes ihren fairen Anteil („fair share“) beizutragen, und setzten sich für die Entwicklung und Umsetzung eines effektiven Finanzierungsmechanismus für ein Post-2012-Regime ein. Dabei sollen sich alle Länder (mit Ausnahme der am wenigsten entwickelten) an der Finanzierung des weltweiten Klimaschutzes entsprechend zu erarbeitender Kriterien beteiligen. Dieser Ansatz entspricht dem Mexikanischen Vorschlag zur Klimafinanzierung, der laut G8-Gipfelerklärung berücksichtigt werden soll. Die MEF-Erklärung nimmt ebenfalls Bezug auf einen Vorschlag Mexikos für einen sog. Grünen Fonds (Green fund).

Im Major Economies Forum wurde vereinbart, dass Industrie- und Entwicklungsländer Pläne für ein kohlenstoffarmes Wachstum (Low Carbon Growth Plans) erarbeiten sollen. Die G8- und MEF-Partner bekannten sich zur Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel sowie zu einer verstärkten Technologiekoooperation. Die Notwendigkeit einer stärkeren Verbreitung klimafreundlicher Energietechnologien und einer massiven Erhöhung der Finanzierung bis 2015 wurde betont. Im Rahmen des Major Economies Forum sollen einzelne Länder die Führung bei der Ausarbeitung von Maßnahmenplänen zu bestimmten klimafreundlichen Technologien (u. a. Solarenergie, Carbon Capture and Storage/CCS und Energieeffizienz) übernehmen und bis zum 15. November 2009 berichten sowie Empfehlungen aussprechen.

Weitere Abschnitte des umwelt- und klimapolitischen Teils der G8-Erklärung beschäftigten sich mit der Zusammenarbeit in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien (einschließlich IRENA) und CCS, dem Erhalt der Wälder, dem Schutz der biologischen Vielfalt, der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in der Aus- und Weiterbildung sowie dem Kampf gegen Energiearmut. Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie enthält die G8-Erklärung die faktische Feststellung, dass weltweit eine zunehmende Anzahl von Staaten ihr Interesse an dieser Energieform zum Ausdruck gebracht hat. Vor diesem Hintergrund betonten die G8 die Notwendigkeit der Einhaltung von Sicherheitsstandards, u. a. im Bereich der Non-Proliferation.

## **VI. Entwicklung und Afrika**

Auch die G8-Entwicklungsagenda war von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise geprägt. Die G8 betonten ihre Bereitschaft, auch im Zeichen der Krise die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele nicht zu ge-

fährden und den Entwicklungsländern, insb. Afrika, bei der Überwindung der Wirtschaftskrise beizustehen. Neben der Bestätigung bestehender ODA-Verpflichtungen setzten sich die G8 für eine schnelle Umsetzung der G20-Beschlüsse zugunsten von Entwicklungsländern ein. Zudem sollen verbesserte Um- und Entschuldungsverfahren eine langfristige Schulden-tragfähigkeit sicherstellen.

Bei der Einhaltung der G8-Verpflichtungen betonten die G8 Transparenz, Effizienz und Rechenschaftspflicht. Daher legten die G8 in L'Aquila einen vorläufigen Rechenschaftsbericht vor. Eine Arbeitsgruppe soll zusammen mit relevanten internationalen Organisationen die Methodik für einen umfassenden, ergebnisorientierten Rechenschaftsbericht erarbeiten, der beim Gipfel 2010 in Kanada vorgelegt werden soll. Auch dieses Jahr wurde die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer unterstrichen. Die G8 werden ihre Partner unterstützen, eigene nationale Einnahmen kontinuierlich zu erhöhen. Ein so genannter „Whole-of-country“-Ansatz soll die Politikkohärenz verbessern und Synergien zwischen Regierungen, privatem Sektor und Zivilgesellschaft erhöhen. Geprüft werden soll, ob hierfür ein neues Bewertungsinstrument sinnvoll ist.

Wie bereits im Vorjahr war Wasser- und Sanitärversorgung ein Schwerpunkt der G8-Entwicklungsagenda. Zusammen mit den afrikanischen Partnern verabschiedeten die G8 eine gemeinsame Erklärung, mit der sie sich zur Stärkung der G8-Afrika-Partnerschaft im Bereich Wasser und Sanitärversorgung und zu verbesserter Koordinierung und Kohärenz bekannten.

Die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele ist im Gesundheitsbereich besonders kritisch. Deshalb bleibt der Gesundheitssektor weiterhin im Fokus der G8. Es wird eine verstärkte Unterstützung von Maßnahmen zur Förderung der Mütter- und Kindergesundheit (sog. „Global Consensus“) begrüßt. Erstmals wurde der strategische Ansatz von „Gesundheit als Ergebnis aller Politikbereiche“ („health as an outcome of all policies“) betont. Zur Stärkung der Gesundheitssysteme und zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten sagten die G8 bereits 2007 in Heiligendamm 60 Mrd. US\$ zu. Diese Summe soll bis 2012 eingesetzt werden.

Auch zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele im Bildungsbereich werden die G8 ihre Anstrengungen fortsetzen. Die Initiative „Bildung für Alle“ ist hierbei ein wichtiges Instrument. Im Mittelpunkt stehen insbesondere die Qualität von Bildung sowie Kapazitätsaufbau bei der Leh-



rausbildung und bei Institutionen. Die G8 betrachten Frieden und Sicherheit als Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung in Afrika. Sie setzen daher ihre Unterstützung für die Afrikanische Union beim Aufbau einer afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur fort. Kernstück ist neben einem kontinentalen Frühwarnsystem die Aufstellung regionaler Friedenstruppen. Gute Regierungsführung gilt als entscheidender Faktor für breitenwirksames Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung in Afrika. Deshalb sicherten die G8 auch weiterhin ihre Unterstützung für den African Peer Review Mechanism (APRM), für Good Financial Governance sowie für Initiativen wie EITI (Extractive Industries Transparency Initiative) zu. Im Bereich der Privatsektorentwicklung fordern die G8 zu verstärkter Nutzung von Private-Public-Partnerships und von Risikominderungsinstrumenten auf, um mehr Mittel für Entwicklungsländer verfügbar zu machen. Die Transaktionskosten für Geldtransfers von Migranten sollen innerhalb von 5 Jahren um 5 % gesenkt werden.

## **VII. Globale Ernährungssicherung**

Wichtigstes Unterkapitel, wie auch schon im Vorjahr, war die globale Ernährungssicherung. Bei über einer Milliarde hungernder Menschen weltweit stellten sich die G8 dieser Herausforderung und bestätigten in einer gemeinsamen Erklärung mit allen Gipfelteilnehmern ihr besonderes Engagement. So haben sich die G8 im Vorjahr bereits zu Leistungen in Höhe von 10 Mrd. US\$ bereit erklärt, tatsächlich aber schon über 13 Mrd. US\$ ausgezahlt.

In L' Aquila wurden zur nachhaltigen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivität für die nächsten drei Jahre über 20 Mrd. US\$ zugesagt. Die Bundesregierung stellt hierfür jährlich rund eine Milliarde US\$ bereit. Von den Entwicklungsländern wird Eigenverantwortung für höhere Investitionen im Landwirtschaftssektor und zur Stärkung der Eigenproduktion erwartet. Als internationale Plattform für die Zusammenarbeit soll eine Globale Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährungssicherung etabliert werden.

## **VIII. Außen- und sicherheitspolitische Themen**

Iran stand im Mittelpunkt der regionalen außenpolitischen Themen. Die G8 haben mit Blick auf die innenpolitische Lage die Gewalt gegen friedliche Proteste und die Einschränkung von Grundrechten wie der Presse- und Versammlungsfreiheit kritisiert. Iran wurde eindringlich aufgefordert,

die Arbeitsfähigkeit ausländischer Vertretungen im Iran zu gewährleisten; Äußerungen, die den Holocaust leugnen, wurden ausdrücklich verurteilt. Weitere Themen waren der Nahost-Friedensprozess, Nordkorea, die Situation in Afghanistan/Pakistan sowie in Myanmar.

Mit Blick auf die Lage in Nahost bekräftigten die G8 ihre volle Unterstützung für eine Zweistaaten-Lösung im Konflikt zwischen Israel und Palästina und appellierten an beide Parteien, direkte Verhandlungen schnellstens aufzunehmen und ihre Verpflichtungen der Roadmap zu erfüllen. Gegenüber Nordkorea wurden die jüngsten Nukleartests und Abschüsse ballistischer Waffen verurteilt und die Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche angemahnt. Die G8 unterstrichen ihre Bereitschaft zur Unterstützung der Regierungen Afghanistans und Pakistans bei der Bewältigung zentraler Herausforderungen im Bereich der ökonomischen und sozialen Entwicklung, der Verbesserung der Regierungsarbeit, bei der Bekämpfung der Korruption, des Terrorismus und des illegalen Drogenhandels. Die Regierung von Myanmar wurde aufgefordert, politische Gefangene freizulassen.

Mit Blick auf die wieder aufgenommenen Abrüstungsgespräche zwischen den USA und Russland unterstrichen die G8 in einer eigenen Gipfelerklärung die Bedeutung der nuklearen Abrüstung für eine Festigung des Nichtverbreitungsabkommens und bekannten sich zur Schaffung der Voraussetzungen für eine nuklearwaffenfreie Welt. Die USA werden im Frühjahr 2010 zu einer internationalen Nichtverbreitungs-Konferenz einladen, die sich mit Fragen der weltweiten Sicherung nuklearen Materials befassen soll.